Nr. 432
A 219

Morgen-Ausgabe

Berlin

Sonnabend, 13. September 1930
V

Vossische Zeitung

Gegründet 1704

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vereint. Täglich: „Unterhaltungsblatt", „Finanz- und Handelsblatt". — Sonntag: Die illustrierte Beilage „Zeitbilder" und „Literarische Umschau". — Mittwoch: „Reise und Wanderung". — Donnerstag: „Recht und Leben".

Wöchentlich 1 Mark, monatlich 4.30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung Anzeigenpreise: mm-Zeile: 35 Pfennig. Familien-Anzeigen mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.

Verlag Ullstein. Chefredakteur i. V.: Julius Elbau. Verantwortl. für den Gesamtinhalt (außer Handelsteil): Dr. Carl Misch, Berlin. Für Rücks. unverl. Manuskr. ist Porto beizufüg.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff (A 7) 3600—3655, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Räumung der Saar

Beschluß des Völkerbundrats

Genf, 12. September

Sonderdienst der „Vossischen Zeitung"

Der Völkerbundrat hat heute auf Antrag seines Berichterstatters Scialoja beschlossen, von dem Gutachten der Regierungskommission im Saargebiet Kenntnis zu nehmen und

1. den Bahnschutz sowie die Eisenbahnkommission, die infolge des Beschlusses vom 12. März 1927 eingesetzt worden ist, aufzulösen.

2. diese Auflösung binnen längstens drei Monaten durchzuführen, welche Frist von der Regierungskommission als genügend für die Ausführung der in Aussicht genommenen Maßnahmen vorgesehen worden ist.

In einem dritten Punkt des Berichtes der Regierungskommission ist vorgesehen, daß die Regierungskommission bei Unruhen das Recht habe, technische und militärische Kräfte heranzuziehen.

Dr. Curtius und Briand gaben kurze Erklärungen ab. Dr. Curtius führte aus, daß damit ein Zustand geschaffen sei, der den Wünschen der saarländischen Bevölkerung entspricht. Was den dritten Punkt des Gutachtens der Regierungskommission, die Heranziehung technischer oder militärischer Hilfe im Falle von Unruhen anbetrifft, so habe Dr. Stresemann bereits seinerzeit den deutschen Rechtsstandpunkt dargelegt, und er könne es sich also ersparen, weiter darauf einzugehen, um so mehr, als der vorgesehene Fall niemals eintreten werde.

Briand erklärte, die französische Regierung sei von Anfang an nur darum besorgt gewesen, die Freiheit der Transporte zu sichern. Da die Regierungskommission sich verpflichtete dafür Sorge zu tragen, so habe er nichts gegen die vorgeschlagene Lösung einzuwenden. Zum Punkt drei wolle er nicht in eine Diskussion über die Auslegung des Friedensvertrags eintreten, um so mehr, da auch er davon überzeugt sei, daß dieser Fall sich niemals ereignen werde. Für den Augenblick jedenfalls sei die Regierungskommission, und das sei für Frankreich die Hauptsache, in die Lage versetzt, ihre Verpflichtungen zu erfüllen.

(Vergleiche auch Umseite)

BÜLOW-Denkwürdigkeiten

Heute:

Staatsstreich-Pläne / Die Hunnen-Rede Waldersee

Kampf um das Landvolk

Schlange in Pyritz

Bericht für die „Vossische Zeitung"

Stettin, 12. September

Für den agrarischen Osten geht es am Sonntag darum, wieviel Mandate die Deutschnationalen, deren absolute Vorherrschaft bisher einen inneren Anschluß der Ostprovinzen an die Republik verhinderte, den links von ihnen stehenden bäuerlichen und bauernfreundlichen Parteien abgeben müssen.

Ich fuhr, um die Chancen beider Gruppen am Schluß eines von rechts her unfachlich und mit viel reichlicheren Geldmitteln geführten Wahlkampfes noch einmal abzuschätzen, nach Pyritz an der pommerisch-brandenburgischen Grenze, wo auf gelegnetem Weizenackerland eine allen radikalen Parolen von jeher besonders geneigte, dabei selbstbewußte Bauernschaft wohnt. **Pyritz ist die Hochburg der Nationalsozialisten in Pommern.** Dort sprach in einer Wahlversammlung der Gutsbesitzer Schlange aus Schöningen, den seine Entwicklung vom deutschnationalen Provinzialvorsitzenden zum Kandidaten der gegen Hugenberg frondierenden Landvolkpartei Pommerns zum beständigen Mann werden ließ.

Der Besuch der Versammlung ist nicht überwältigend. Keine sechzig Personen. Alles ruhige, wohlanständige Landleute. Auch einige „große Herren" sind darunter, die ihre Schoffore mit dem Wagen am Eingang warten lassen. Merkwürdig, von den nationalsozialistischen Schreiern ist kein einziger gekommen. Der Redner hält diesen Landleuten keine Wahlrede, sondern ein politisches Kolleg. Er läßt sie überlegen, daß alles Gerede, als könne im Reich eine andre als die bisherige Regierung oder die Große Koalition zustande kommen, haltlos sei. Er gibt einen Abriß der Geschichte des Antisemitismus in Deutschland und warnt vor dem Kampf aller gegen alle. Seine agrarwirtschaftlichen Erwägungen kalkulieren die von Rußland betriebene Ertragssteigerung und die von England angestrebte Eigenversorgung aus seinen Dominions ein. Er schließt mit betonter Ablehr von dem obligaten patriotischen Schluß, indem er zur Weiterarbeit auffordert, statt „nur in Zukunftsidealen" zu machen.

Der Beifall der aufmerksamen Hörer ist schwach, was nach der Anlage der Rede nicht überrascht. Zur Diskussion tritt der deutschnationale Kreisgeschäftsführer an. Seine Attacke gilt dem Versammlungsleiter, dem Führer der Landvolkpartei im Pyritzer Kreis, der noch im Vorjahr im Kreisblatt zum treuen Festhalten an der deutschnationalen Partei aufgefordert habe.

„Nicht wir sind uns untreu geworden," erwidert ihm Schlange, „sondern die Deutschnationale Partei ist durch Hugenberg umgewandelt." Der Angegriffene selbst, ein unbeholfener Landwirt, verteidigt sich. „Wir wollen Leute, die selber was Tüchtiges in ihren Betrieben leisten", ruft er zornig, bevor er die Versammlung militärisch kurz schließt.

Das Fazit für den Beobachter: die Landvolkpartei arbeitet inmitten einer verbohrt staatsfeindlichen Bevölkerung mutig an der Entnebelung der Gehirne. Dieses Verdienst, das ihr auch der lassen muß, der grundsätzlich gegen berufsständische Gruppen im Parlament ist, wird sie daran hindern, im Osten überragende Erfolge einzuheimsen. Sie teilt in dieser Hinsicht das Schicksal der demokratischen Agrarpolitik, die grade ihrer schonungslosen Aufrichtigkeit wegen auf dem Lande nie große Massen hinter sich bringen konnte. Trotzdem ist die Landaufklärung der positiv gerichteten Parteien von großem Gewinn.

R. St.

„Für mich ist die Agitation alles"

Der Führer des Thüringer Landbunds, Höfer, teilte in einer Versammlung in Erfurt mit, daß Hitler im Reichsausschuß für das Volksbegehren die **Aufrechterhaltung des Zuchthaus-Paragrafen mit den Worten begründete: „Kommen Sie mir nicht mit Konstruktionen und juristischen Begriffen. Für mich ist die Agitation alles."**

Was wir vom Reichstag wollen

Die morgige Wahl soll staatspolitisch entscheiden. Aber notwendig wird der neue Reichstag gesetzgeberisch auf Schritt und Tritt in Berufsfragen eingreifen müssen. Das Staatswohl gliedert sich nach Berufsgruppen, nur darf die Wahrnehmung der Sonder-Interessen nicht überwuchern. Deshalb hat ein Mitarbeiter der „Vossischen Zeitung" ausgezeichneten Vertretern der verschiedensten Berufe die Frage vorgelegt: Was fordern Sie für Ihren Beruf vom neuen Reichstag?

Geh. Med.-Rat Professor Dr. Kraus

Vertreter des deutschen Aerztestandes

„Im Interesse der speziellen Krankenbehandlung, im individuellen und kollektiven Sinne, der Eugenik, der Vorbeugung und der festzustellenden Indikation der biologischen Lebensnorm, also im Interesse des allerpolitischsten Dinges auf der Welt: der Volksgesundheit, ein berechtigtes Wenig auch im Interesse des ärztlichen Standes, erhoffe ich mir vom künftigen Parlament:

1. Eine Revision der Notverordnung, betreffend die Reform der Krankenversicherung vom 26. Juli 1930 und des neuen Kassenarztrechts. Für die wenig verdienenden Arbeiter sind die neuerdings außerlegten Kosten schwer erschwinglich. Den Aerzten ist vorgeworfen worden, daß nur ihre wirtschaftliche Unvernunft und das Verlagen der Selbstverwaltungseinrichtungen schuld sei an den weitgreifenden Neuerungen. Das empfindet jeder standestreue Mediziner, der erfüllt ist von den hohen Forderungen seiner Wissenschaft und Kunst, als ungerechte Degradation. Daher ist zu fordern, daß der Reichsausschuß für Aerzte und Krankenkassen zu Rate gezogen wird.

2. Daß nicht bloß für die beamteten Aerzte, die der Staat in entsprechender Zahl und Schulung auch dringend nötig hat, sondern auch für einen freien Aerztestand gesorgt wird. Ich gebe hier zu bedenken, daß alles wahrhaft Große in der Medizin aus den Bedürfnissen der Praxis hervorgegangen ist. Forschung und Lehre sind natürlich unentbehrlich, aber der Praktiker darf nicht bloß erfüllt werden vom Beruf des Helfers, er muß auch die ästhetische Freude haben können daran, daß er imstande ist, die Not des Krankenbettes zu besiegen und die Menschen gesünder zu machen.

3. Erwarte ich endlich ein gesetzliches Kurpfuscherei-Verbot. Damit würde allerdings nicht der Kurpfuscherei ein Ende gemacht. Aber man könnte dann in den krassesten Fällen einschreiten. Stepfis ist berechtigt, auch an den Leistungen der Heilkunde. Aber grade im Problematischen ist es zweckmäßig, die Fachmänner zu hören."

Stadtschulrat Nydahl

„Es ist schwer, eine Prognose zu stellen. Nach einer Richtung hin möchte ich es trotzdem tun: die Radikalisierung unsrer Jugend scheint mir ihren Höhepunkt erreicht zu haben; sie wird, nachdem

Vor der Entscheidungsschlacht in China

London, 12. September / Ullstein-Nachrichtendienst

Nach vierzehntägiger Vorbereitung hat General Tschiang Kai Schek an der Hankau-Eisenbahn nunmehr eine neue Offensive gegen General Feng Yu Hsiang begonnen. Es stehen sich an der Eisenbahnlinie ungefähr 100 000 Mann gegenüber, die auf beider Seiten gleichmäßig stark sind. Man erwartet, daß diese Schlacht den Ausgang des Bürgerkrieges entscheiden wird. Wenn die Offensive Tschiang Kai Scheks fehlschlägt, wird er sich auf Kompromißvorschläge der Nordregierung einlassen müssen.

Die mandschurischen Generäle sind zur Zeit in Mukden zu einer kleinen Konferenz zusammengetreten, um über ihre Haltung zu den rivalisierenden Regierungen zu beraten.